



## 30. Sitzung der Arbeitsgruppe **Recht und Sicherheit**

### Protokoll

Datum: 17. Oktober 2018, 9.30h bis 12.30h

Ort: BMDW, Vordere Zollamtsstraße 5, 1030 Wien, Zi. 307

#### Inhaltsübersicht

<b>Top 1: Tagesordnung / Aktuelles</b> .....	<b>1</b>
<b>Top 2: Leitfaden „IKT-Tauglichkeit“ für Legistinnen und Legisten</b> .....	<b>1</b>
<b>Top 3: Portalverbundvereinbarung</b> .....	<b>2</b>
<b>Top 4: Internetdomainverwaltung</b> .....	<b>2</b>
<b>Top 5: Datensicherheitsmaßnahmen für Webanwendungen</b> .....	<b>2</b>
<b>Top 6: Common Audit Trail</b> .....	<b>2</b>
<b>TOP 7: Allfälliges</b> .....	<b>3</b>

#### Top 1: Tagesordnung / Aktuelles

Aus aktuellem Anlass wurde der am 12.10. ausgesandte Entwurf einer Sammelnovelle (ZustG, MeldeG, etc.) vorgestellt werden:

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME\\_00089/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00089/index.shtml)

#### Top 2: Leitfaden „IKT-Tauglichkeit“ für Legistinnen und Legisten

Vor dem Hintergrund der jedenfalls zwingend erforderlichen begrifflichen Anpassungen durch die DSGVO soll der Leitfaden „IKT-Tauglichkeit“ für Legistinnen und Legisten (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=47411>) angepasst werden und auch um Ergänzungen, die mittlerweile zweckmäßig erscheinen, erweitert werden.

Es langte nach der letzten AG-Sitzung noch eine Stellungnahme des BMF ein, die berücksichtigt werden konnte.

Der Leitfaden wird über die Verbindungsstelle ausgesendet und das BMVRDJ um Publizierung der neuen Version auf der Website im Bereich Legistik ersucht.

#### Beilage:

Leitfaden „IKT-Tauglichkeit“ 2.0

### **Top 3: Portalverbundvereinbarung**

Die vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich DSGVO-Begrifflichkeiten wurden eingearbeitet.

Das Dokument wurde gem. § 12 Abs. 1 PVV dem Arbeitsausschuss der Länderarbeitsgruppe e-Government zur Abstimmung vorgelegt und am 11.10.2018 beschlossen. Eine erneute Unterfertigung der PVV durch die Teilnehmer ist gem. § 12 PVV nicht erforderlich.

#### Ergebnis:

Aufgrund einer weiteren Stellungnahmen des Landes Steiermark wurde auf Ersuchen der Länderarbeitsgruppe eine weitere Version erarbeitet werden.

Die begrifflichen Anpassungen sind aus Sicht der AG ReSi ausschließlich redaktioneller Natur. Auch die ergänzten Begriffsbestimmungen in § 3 Z 14 und 15 dienen ausschließlich der terminologischen Klarstellung, die sich aus der DSGVO ergeben. Das Dokument kann in dieser Fassung der AG Länderarbeitsgruppe zur weiteren Behandlung übergeben werden.

#### Beilage am Ref-Server:

Entwurf PVV 1.1

### **Top 4: Internetdomainverwaltung**

Zur Anpassung des Dokuments „Internetdomainverwaltung gv.at Naming- und Domainregistrierungs-Policy“ langte eine Stellungnahme ein.

Die Stellungnahme wurden diskutiert. Es erscheint jedoch erforderlich, dass der Autor des Dokuments, Hr. Schwarz, bei der nächsten Sitzung mitdiskutiert, um offen Punkte einschätzen zu können.

### **Top 5: Datensicherheitsmaßnahmen für Webanwendungen**

Zur Anpassung des Dokuments „Datensicherheitsmaßnahmen für Webanwendungen“ langten zwei Stellungnahmen ein.

#### Ergebnis:

Die Stellungnahmen wurden diskutiert und entsprechende Anpassungen vorgenommen. Herr Wittmann editiert das Dokument nochmals und danach kann das Dokument an die BLSG weitergeleitet werden.

### **Top 6: Common Audit Trail**

Für das Dokument „Common Audit Trail “ wurde von Tirol ein neuer Entwurf erstellt.

#### Ergebnis:

Das Dokument soll noch tiefer bearbeitet und daher bei der nächsten AG weiter behandelt werden. Tirol und Wien erklären sich bereit das Dokument zu bearbeiten.

## TOP 7: Allfälliges

- Tirol ersucht um Status zur datenschutzfreundlichen ZMR-Abfrage (Behördenabfrage minus historische Wohnsitze)  
BMI wird um Bericht in der nächsten AG ersucht

Nächster Termin:

12.12., 9.30h